

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1870 bis 1948

## Band 11

### Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Politische und wirtschaftliche Entmündigung Deutschlands

Band 11/125

#### Der Kalte Krieg

Viel Klagen hör' ich oft erheben vom Hochmut, den der Große übt. Der Große Hochmut wird sich geben, wenn unsre Kriecherei sich gibt.

*Gottfried August Bürger (1747-1794, deutscher Dichter)*

#### **Der Marshall-Plan**

US-Präsident Truman verkündete am 12. März 1947, die kommunistische Bedrohung mit wirtschaftlichen Mitteln zu bekämpfen. Truman erklärte vor dem nordamerikanischen Kongreß (x156/39, x073/226): >>Eins der ersten Ziele der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist es, Bedingungen zu schaffen, unter denen wir und andere Nationen uns ein Leben aufbauen können, das frei von Zwang ist. Das war ein grundlegender Faktor im Krieg gegen Deutschland und Japan. Wir überwandern mit unserem Sieg Länder, die anderen Ländern ihren Willen und ihre Lebensweise aufzwingen wollten. ...

In einer Anzahl von Ländern waren den Völkern kürzlich gegen ihren Willen totalitäre Regimes aufgezwungen worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mehrfach gegen Zwang und Einschüchterung bei der Verletzung des Jalta-Abkommens in Polen, Rumänien und Bulgarien protestiert.

Und weiter muß ich feststellen, daß in einer Anzahl anderer Staaten ähnliche Entwicklungen stattgefunden haben. Im gegenwärtigen Abschnitt der Weltgeschichte muß fast jede Nation ihre Wahl in bezug auf ihre Lebensweise treffen. Nur allzuoft ist es keine freie Wahl.

Die eine Lebensweise gründet sich auf den Willen der Mehrheit und zeichnet sich durch freie Einrichtungen, freie Wahlen, Garantie der individuellen Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit und Freiheit vor politischer Unterdrückung aus.

Die zweite Lebensweise gründet sich auf den Willen einer Minderheit, der der Mehrheit aufgezwungen wird. Terror und Unterdrückung, kontrollierte Presse und Rundfunk, fingierte Wahlen und Unterdrückung der persönlichen Freiheiten sind ihre Kennzeichen. ...<<

>>... Ich bin der Ansicht, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen. ...

Ich bin der Ansicht, daß unsere Hilfe in erster Linie in Form von wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung gegeben werden sollte, die für eine wirtschaftliche Stabilität und geordnete politische Vorgänge wesentlich ist. ...

Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten. Die freien Völker der Erde blicken auf uns und erwarten, daß wir sie in der Erhaltung der Freiheit unterstützen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die "Truman-Doktrin" (x068/280-281): >>... Am 12. März 1947 erschien er, im blauen Zweirei-

her, vor dem Kongreß, dessen Sitzung, wie üblich, mit Gottes Beistand begann:

"Mit Deinem Segen, Herr, brauchen wir weder Entscheidungen zu fürchten noch vor Taten zurückzuschrecken".

Darauf verkündete der Präsident in die gespannte Ruhe sein nachmals "Truman-Doktrin" genanntes Glaubensbekenntnis. "Ich glaube, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, jedes freie Volk, das sich der Unterjochung durch bewaffnete Minoritäten oder äußerem Druck widersetzt, zu unterstützen ...

Ich glaube, daß unsere Hilfe in erster Linie in einer wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung bestehen sollte, die für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stabilität und der politischen Ordnung entscheidend ist ... Die Saat des Totalitarismus wird durch Elend und Not genährt. Sie gedeiht und wächst in dem schlechten Boden der Armut und der Konflikte. Und sie geht auf, wenn die Hoffnung des Volkes auf ein besseres Leben gestorben ist. Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten."

Daß er selbst die Saat totaler Menschenverachtung durch zwei Atombombenabwürfe eindrucksvoller als jeder vor ihm ausgestreut, hätte er kaum geglaubt.

Wallstreet-Bankier Bernard Baruch aber sagte: "Täuschen wir uns nicht, wir sind heute mitten in einem Kalten Krieg". Das Wort, das schon aus dem Beginn des Zweiten Weltkriegs stammte, als sich Deutsche und Franzosen noch abwartend gegenüberlagen, das Wort setzte sich jetzt ebenso fest, wie die Sache sich schon festgesetzt hatte. Mit Recht sah Baruch die Welt bereits "mitten" in diesem Krieg. ...<<

US-Außenminister George Marshall kritisierte am 29. April 1947 in einer Rundfunkansprache die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland (x111/310): >>Der Patient wird schwächer, während die Ärzte beraten. ...<<

US-Außenminister George Marshall beauftragte am 30. April 1947 den Diplomaten Georg F. Kennan, einen Ausschuß für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu bilden, um geeignete Vorschläge und Hilfsmaßnahmen zu erarbeiten.

US-Militärgouverneur Clay telegraphierte am 15. Juli 1947 nach Washington (x111/345): >>... Deutschland ist bankrott.<<

Am 17. Juli 1947 ersetzte die US-Regierung die berüchtigte "Direktive JCS 1067" durch die "Direktive JCS 1779" und beauftragte US-Militärgouverneur Clay, den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu unterstützen (x114/2.192): >>... Die amerikanische Regierung will, daß in Deutschland die politische Organisation und das politische Leben so schnell wie möglich eine Form annehmen sollen, die – auf der wesentlichen Grundlage wirtschaftlichen Wohlergehens – zu einer inneren Ruhe in Deutschland führen und zu dem Geist des Friedens zwischen den Nationen beitragen wird.

Ihre Aufgabe besteht daher im wesentlichen darin, daß sie helfen, die wirtschaftliche und erzieherische Grundlage für eine gesunde deutsche Demokratie zu legen, daß sie die aufrichtigen Bemühungen um eine Demokratie fördern und Bestrebungen, die die echte demokratische Entwicklung gefährden, unterbinden.<<

Die SED lehnt am 23. Juli 1947 die Teilnahme am Marshall-Plan ab.

Nachdem Stalin in allen befreiten bzw. besetzten Ländern kommunistische Diktaturen errichtet hatte, begann ab 1947 die nordamerikanische Eindämmungspolitik, um ein weiteres Vordringen der UdSSR zu verhindern. Der Marshall-Plan, wirtschaftliche und finanzielle Hilfsaktion für westeuropäische Staaten, sollte vor allem den Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft unterstützen und den Expansionsdrang des Stalinismus stoppen bzw. beenden.

James Warburg, Berater der US-Militärregierung in Deutschland, begründete später die nordamerikanische Eindämmungspolitik wie folgt (x156/40-41): >>Von der Lösung, die für die deutsche Frage gefunden wird, hängt nicht nur unser eigenes Glück und unsere eigene Wohlfahrt ab, sondern auch die Sicherheit unserer Nation, mehr noch die Weiterentwicklung der

menschlichen Zivilisation auf unserer Erde überhaupt. ...

Es mag ... wohl sein, daß das, was sich heute in Deutschland ereignet, uns gefühlsmäßig nicht sehr nahegeht, insoweit, als es sich dabei um unsere Sympathie für das deutsche Volk handelt. Aber dennoch hat all das aus einem ganz anderen Grunde für uns eine tiefe und lebenswichtige Bedeutung: diese Vorgänge berühren nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt.

...

Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an der Zukunft Deutschlands, weil Deutschland das Versuchsfeld für ein großes Experiment ist, das wir machen müssen. Wir müssen versuchen, einen dauernden Frieden durch die Zusammenarbeit der großen Mächte zu verbürgen. Deutschland ist das Laboratorium, in dem dieses Experiment gelingt oder mißlingt. ...

Wenn es der Ruhr nicht gelingt, Kohle für Skandinavien, für die Niederlande, für Frankreich, die Schweiz, Italien, Griechenland und die Pyrenäenhalbinsel zu fördern, dann bleiben eben diese Völker ohne genügende Brennstoffversorgung, es sei denn, daß sie Kohle zu Preisen in den Vereinigten Staaten kaufen, auf denen außerordentlich hohe Kosten des Schiffstransports lasten. ...

Das sind einige von den vielen Gründen, die dafür sprechen, daß Deutschland in der Zukunft genau so wie in der Vergangenheit mit die wichtigste Stelle sein wird, an der der Hebel für die wirtschaftliche Neuordnung Europas angesetzt werden muß.

Wenn man das nicht will, so muß man eben das deutsche Volk gänzlich ausrotten oder versklaven, das deutsche Volk aufteilen und von den Nachbarländern annektieren lassen.

Da niemand an solch drastische Maßnahmen denken kann, besteht das deutsche Problem heute nicht nur aus der Frage, wie man das deutsche Volk friedfertig und dem Gesetz gehorsam machen, sondern auch darin, wie man das Können, die Arbeitskraft und die natürlichen Hilfsmittel einer neuen und friedfertigen deutschen Nation zum Besten Europas und der Welt wirksam werden lassen kann. ...<<

Andrei A. Shdanow, ein enger Mitarbeiter Stalins, erklärte am 1. Oktober 1947 während einer Rede auf der Kominform-Gründungsversammlung (x058/381-382): >>... Die wirtschaftliche Expansion der USA bildet eine Ergänzung zum strategischen Plan. Der amerikanische Imperialismus trachtet, die Schwierigkeiten der Nachkriegszeit in den europäischen Ländern, den Mangel an Rohstoffen, Treibstoff und Lebensmitteln in den alliierten Ländern, die durch den Krieg am stärksten geschädigt wurden, auszunützen, um ihnen Bedingungen für die Hilfeleistung aufzuzwingen.

In Voraussicht der bevorstehenden Wirtschaftskrise beeilen sich die USA, neue Monopolsphären ausfindig zu machen, wo sie ihr Kapital investieren und ihre Waren absetzen könnten. Die "US-Wirtschaftshilfe" verfolgt das weitgesteckte Ziel, Europa mit Hilfe amerikanischen Kapitals zu versklaven. Doch die wirtschaftliche Kontrolle zieht auch die politische Unterordnung nach sich. ...

Ihren Ausdruck haben die Bestrebungen in den USA gegenwärtig in der Truman-Doktrin und im Marschall-Plan gefunden. Dem Wesen nach bilden beide Dokumente den Ausdruck einer einheitlichen Politik, obwohl die gleiche Forderung nach Unterwerfung Europas in den beiden Dokumenten verschieden dargelegt ist. ...

Die Truman-Doktrin, die darauf gerichtet ist, alle aktiv gegen die demokratischen Völker kämpfenden reaktionären Regime zu unterstützen, trägt unverhüllt aggressiven Charakter.

Da die Truman-Doktrin so eine ungünstige Aufnahme fand, tauchte die Notwendigkeit des Marschall-Planes auf. Das Wesen der verschwommenen Formulierungen dieses Planes besteht darin, einen Block der Staaten zu schaffen, die durch Verpflichtungen den USA gegenüber gebunden sind, und den europäischen Staaten als Lohn für ihren Verzicht auf die wirtschaftliche und dadurch auch politische Selbständigkeit amerikanische Kredite zu gewähren.

Die Grundlage bildet dabei der Wiederaufbau der von den amerikanischen Monopolen kon-

trollierten Industriebezirke Westdeutschlands. Wie aus Beratungen hervorgeht, besteht der Marshall-Plan darin, die Hilfeleistung in erster Linie nicht den verarmten Siegerländern, den verbündeten Amerikas im Kampf gegen Deutschland, zu gewähren, sondern den deutschen Kapitalisten, um sich der für Europa wichtigsten Kohle und Eisenerzgebiete zu bemächtigen. Aus diesem Grund müssen sich die kommunistischen Parteien an die Spitze des Widerstandes gegen die imperialistischen Expansionspläne und gegen Aggressionen aller Arten ... stellen, sich zusammenschließen ...

Wenn die kommunistischen Parteien fest auf ihren Positionen stehen werden, wenn sie sich nicht einschüchtern lassen, ... wenn sie imstande sind, sich im Kampfe gegen die Versuche der wirtschaftlichen und politischen Versklavung ihrer Länder an die Spitze zu stellen, bereit sind, mit allen Kräften für die Ehre und nationale Unabhängigkeit einzustehen, dann können keinerlei Versklavungspläne Europas verwirklicht werden.<<

Am 3. April 1948 wurde das europäische Wiederaufbauprogramm verabschiedet. Im Rahmen des Marshall-Planes erhielten die westeuropäischen Länder von 1948-1952 etwa 14,7 Milliarden Dollar. Bis zum 30. Juli 1952 erhielten z.B. England 3,176 Milliarden Dollar, Frankreich 2,706 Milliarden Dollar; Italien 1,474 Milliarden Dollar und Westdeutschland 1,389 Milliarden Dollar (x024/225).

Am 27. Februar 1953 verpflichtete sich die Bundesrepublik Deutschland in einem deutsch-amerikanischen Abkommen zur teilweisen Rückzahlung der erhaltenen US-Wiederaufbauhilfe. In den folgenden 30 Jahren sollten 1,0 Milliarden US-Dollar zurückgezahlt werden (x028/156).

Die Nordamerikaner konnten die erforderlichen finanziellen Hilfen bereitstellen, weil sie damals große Außenhandelsüberschüsse erzielten. Von 1938-1947 konnte Nordamerika die industrielle Produktion mehr als verdoppeln, so daß man in der Lage war, das Hilfsprogramm für Westeuropa zu finanzieren (x028/233).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über den Marshall-Plan (x068/275-276): >>... Marshall, bei Beginn des Zweiten Weltkriegs Generalstabschef und militärischer Berater Roosevelts, war beteiligt an der Zerschlagung Mittel- und Südeuropas - und nach dem Krieg baute er es wieder auf.

Erst Volltreffer auf Volltreffer, dann ein Bombengeschäft; ein Bombengeschäft aber schon zur Zeit der Volltreffer, ja schon davor. Dafür erhielt der General 1953 den Friedensnobelpreis – zusammen mit Albert Schweitzer! (Der eigentliche Vater des Marshall-Planes soll freilich Will Clayton gewesen sein, der stellvertretende Wirtschaftsminister).

Außenminister Marshall hatte den Plan erstmals am 5. Juni 1947 ... vorgeschlagen, und am 3. April 1948 trat die Wirtschaftshilfe in Kraft, zunächst allerdings nur für die westeuropäischen Staaten. Seit 1950 wurde jedoch auch Westdeutschland einbezogen. Bald nämlich wandte sich Amerikas große Liebe dem ehemaligen Erzfeind zu. Die Deutschen konnten, zur Verzweiflung getrieben, den Sowjets in die Arme fallen und dann mit ihnen gemeinsam den Westen tödlich bedrohen. ...

Waren die Russen Feinde, mußten die Deutschen Freunde werden. Und mit den Deutschen brauchte man weitere europäische Länder, am besten ganz Europa. Ganz Europa eine Abwehrfront, eine Aufmarschbasis. Auf jeden Fall aber ganz Europa ein Absatzmarkt für US-Produkte, ein Absatzmarkt, größer als der eigene daheim. Über England drang man vor - das Trojanische Pferd der Überseeler, denen ja auch ein großer Teil des englischen Kapitals gehörte. Aber das konnte und sollte überall in Europa, in Westeuropa, so werden. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann (1910-1990) schrieb später über den Marshall-Plan (x243/161): >>... Die Motive für den Marshall-Plan mußten vor allem in der amerikanischen Überproduktion, im Willen zur Liberalisierung (Erleichterung) des Welthandels, aber auch im politischen und ideologischen Bereich gesehen werden.<<

## **Keine deutsche Friedensregelung**

Im Verlauf der 5. Außenministerkonferenz in London, vom 25. November bis zum 15. Dezember 1947, konnten sich die 4 Siegermächte über keine deutsche Friedensregelung einigen. Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 19. März 1958 über den geplanten deutschen Friedensvertrag: >>>Die Phantasie der Geschichte

... Die letzte echte west-östliche Diskussion über dieses Thema gab es im Dezember 1947, zu einem Zeitpunkt also, an dem die Teilung der Welt noch nicht im kalten Krieg festgefroren war. Bis dahin stritten sich die Siegermächte des zweiten Weltkriegs einträchtig um die Verteilung der Kriegsbeute und überlegten, wie man Deutschland am besten für alle Zeiten knebeln könne.

Durch das Potsdamer Abkommen von 1945 war ein Rat der Außenminister Amerikas, der Sowjet-Union, Englands und Frankreichs eingesetzt worden. Er sollte "zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, wenn eine solche Regierung gebildet sein wird."

Der amerikanische Außenminister Byrnes trug diesem Rat im April 1946 einen Plan vor, der "nach Beendigung der Besetzung Deutschlands in Kraft treten" solle. Von diesem noch unbestimmten Zeitpunkt an müsse Deutschland auf 25 Jahre unter alliierter Kontrolle völlig neutralisiert und entmilitarisiert werden. Die ausdrückliche Annahme dieses Status durch Deutschland, so forderte der amerikanische Außenminister, solle "eine wesentliche Voraussetzung für die Beendigung der alliierten Besetzung des deutschen Territoriums bilden".

England und Frankreich stimmten diesem amerikanischen Plan damals zu. Dem sowjetischen Molotow war das noch nicht genug: "Die Sowjet-Regierung hält es für nötig, die Dauer der Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands auf eine Dauer von 40 Jahren auszudehnen." Außerdem: "Im Byrnes-Entwurf ist die Möglichkeit einer Beendigung der alliierten Besetzung vorgesehen." Die Besetzung müsse aber solange dauern, meinte Molotow, bis Sowjet-Rußland die zehn Milliarden Dollar Reparationen eingetrieben habe, die ihm in Jalta von den Amerikanern konzidiert worden seien.

Eine Unzahl Staaten meldeten damals Spezialwünsche an, die im deutschen Friedensvertrag verankert werden sollten:

- Belgien forderte, das Rheinland solle auf unbestimmte Dauer besetzt bleiben. Belgien wolle an der Besetzung teilnehmen. 40 Jahre lang sollten unter anderem jährlich 6,6 Millionen Tonnen Kohle und 750 Millionen Kilowatt elektrische Energie kostenlos geliefert werden. Deutschland müsse die belgische Rheinflotte wieder aufbauen. Deutschlands Export von Fertigprodukten müsse eingeschränkt werden.
- Holland forderte die Erdölfelder von Bentheim, das Kohlenbecken südlich von Venlo und die Insel Borkum, außerdem weitere kleinere Grenzverschiebungen. Die holländischen Seehäfen und Wasserwege müßten vor der deutschen Konkurrenz geschützt werden, Deutschlands Export von Fertigprodukten sei zu drosseln.
- Polen wünschte, daß die Oder-Neiße -Linie als endgültige Grenze bestätigt werde, und erhob zusätzlich Anspruch auf die Insel Wollin. Der Friedensvertrag mit Deutschland müsse aus moralischen Gründen in Warschau unterzeichnet werden.
- Die Tschechoslowakei wünschte die Grenzen vom 1. September 1938 garantiert und zusätzlich deutsches Gebiet westlich der Görlitzer Neiße. Deutschland müsse allen Sudetendeutschen verbieten, besondere Organisationen zu gründen. Außerdem wünschte die Tschechoslowakei das Recht auf Benutzung der deutschen Verkehrswege und Freihäfen in Hamburg und Bremen.
- Dänemark wünschte, der Kieler Hafen und der Kaiser-Wilhelm-Kanal müßten für alle Zeiten internationalisiert werden.

- China bat zu den Arbeiten der Außenministerstellvertreter hinzugezogen zu werden, ohne schon detaillierte Forderungen gegen Deutschland anzumelden.
- Norwegen forderte, daß Deutschland verboten werde, am Walfang teilzunehmen. Die deutsche Hochseefischerei dürfe nur eine begrenzte Anzahl von Fahrzeugen haben und müsse unter strenger Kontrolle bleiben. Außerdem müsse verboten werden, daß deutsche Staatsbürger große Schiffe besitzen oder kontrollieren.
- Brasilien legte dar, die Zerstörung der Einheit des Deutschen Reiches sei für das Wohl der Welt unentbehrlich, das Ruhrgebiet sei zu internationalisieren, die Saar einem besonderen Wirtschaftsregime zu unterstellen.
- Luxemburg forderte die Kontrolle des Ruhrgebiets, andauernde Besetzung des Rheinlandes und regelmäßige deutsche Lieferungen von Holz, Strom, Ziegeln und anderen Produkten. Außerdem wünschte es Grenzberichtigungen im Raum von Trier. Hier spreche die Bevölkerung die "Luxemburger Sprache".
- Australien war besonders daran gelegen, daß Deutschland im Friedensvertrag ausdrücklich auf alle Kolonien und antarktischen Gebiete verzichte.
- Griechenland wünschte, Deutschland solle sich verpflichten, aus Griechenland 20 Jahre lang soviel Waren - vornehmlich Tabak - einzuführen, wie es dort im Durchschnitt der Jahre 1935 bis 1939 gekauft hatte.

Viele dieser frommen Wünsche wurden hinfällig, als im März 1948 mit dem "Prager Fenstersturz" des dem Westen wohlgesonnenen Außenministers Jan Masaryk die alliierte Kriegskoalition endgültig in Stücke ging. Die Großmächte richteten sich in den von ihnen besetzten Teilen Deutschlands ein.

Von 1948 ab waren die Amerikaner nicht mehr bereit, den Sowjets irgendwelche Kontrollfunktionen in Westdeutschland zu überlassen. Sie meinten, auf diesem Territorium einen militärischen Wall gegen den bolschewistischen Druck aus dem Osten aufzurichten zu müssen und lehnten jede echte Diskussion mit den Sowjets über einen Friedensvertrag für ganz Deutschland zehn Jahre lang bis heute ab. ...<<

Am 20. März 1948 fand die letzte Sitzung des Alliierten Kontrollrats statt. Marschall Wassili D. Sokolowski, ab 1946 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ, protestierte gegen die antisowjetische Haltung der Westmächte und verließ vorzeitig die Sitzung des Alliierten Kontrollrats. Die Viermächte-Verwaltung Deutschlands wurde damit beendet, denn der Alliierte Kontrollrat nahm die Arbeit später nicht mehr auf. Danach begann der sog. "Kalte Krieg" mit scharfer Propaganda, Druckmitteln und Zwangsmaßnahmen aller Art.

Während des "Kalten Krieges" erlahmten die politischen Säuberungsmaßnahmen der Siegermächte zusehends, denn man benötigte jetzt auch die stärker belasteten NSDAP-Mitglieder für den Kampf gegen den Kommunismus oder den Kapitalismus und stuft sie deshalb nicht selten pauschal als Mitläufer ein.

US-Militärgouverneur Clay berichtete später über die letzte Sitzung des Kontrollrats am 20. März 1948 und die Spannungen im Alliierten Kontrollrat (x299/146): >>... Nachdem der Dolmetscher die Übersetzung der sowjetischen Anwürfe beendet hatte, begann der britische Vertreter mit einer Erwiderung. Die sowjetische Delegation unterbrach ihn grob, indem sie sich ohne Erklärung ... wie ein Mann erhob; Sokolowskij erklärte: "Ich finde es sinnlos, die Sitzung fortzusetzen, und ich erkläre sie hiermit für vertagt."

Ohne ein weiteres Wort machten die sowjetischen Vertreter auf den Absätzen kehrt und verließen den Konferenzsaal. ...<<

US-Militärgouverneur Clay warnte am 10. April 1948 das US-Kriegsministerium (x116/233): >>Die Tschechoslowakei haben wir verloren. ... Wenn Berlin fällt, folgt Westdeutschland als nächstes. Wenn wir beabsichtigen, Europa gegen den Kommunismus zu halten, dürfen wir uns nicht von der Stelle rühren.

Wir können Demütigungen und Druck, die nicht zum Krieg führen, in Berlin einstecken, ohne das Gesicht zu verlieren. Wenn wir fortgehen, gefährden wir unsere europäische Position. Falls Amerika dies jetzt nicht versteht, wenn es nicht begreift, daß die Würfel gefallen sind, wird es nie zu dieser Erkenntnis kommen, und der Kommunismus wird alles überrennen. Ich glaube, die Zukunft der Demokratie verlangt von uns, daß wir bleiben. ...<<

### **Währungsreform in den Besatzungszonen**

Jack Bennett, oberster Finanzberater der US-Regierung, informierte über die bevorstehende Währungsreform (x112/529): >>Die neue Währung heißt "Deutsche Mark". ...<<

Am 18. Juni 1948 verkündeten die westlichen Militärregierungen im Rundfunk, daß am 21. Juni die DM-Währung in den drei Westzonen eingeführt werden soll.

Die westlichen Alliierten verkündeten am 19. Juni 1948 weitere Einzelheiten zur Währungsreform (x112/531): >>... Das erste Gesetz zur Neuordnung des deutschen Geldwesens ist von den Militärregierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs verkündet worden und tritt am 20. Juni in Kraft.

Die bisher gültige deutsche Währung wird durch dieses Gesetz aus dem Verkehr gezogen.

Das neue Geld heißt "Deutsche Mark", jede Deutsche Mark hat 100 Deutsche Pfennige.

Das alte Geld, die Reichsmark, die Rentenmark und die alliierte Militärmark, ist vom 21. Juni an ungültig.<<

Marschall Wassili D. Sokolowski, von 1946-48 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ, verbot am 19. Juni 1948 das Westgeld in Groß-Berlin sowie in der Ostzone und ordnete die völlige Schließung der Zonengrenzen für den Personenverkehr an.

Am 20. Juni 1948 wurde in den Westzonen die Währungsreform durchgeführt.

Jeder Westdeutsche erhielt ein "Kopfgeld" von 40 DM, das einen Monat später um 20 DM erhöht wurde. Sämtliche Forderungen wurden auf 10 % ihres Nennwertes abgewertet. Die Reichsmark-Geldkonten tauschte man im Verhältnis 100:6,5 in Deutsche Mark um (x069/-214).

Diese Währungsreform traf besonders die kleineren und mittleren Einkommensbezieher außerordentlich schwer. Die Besitzer von Sachwerten - Unternehmer, Kaufleute, Landwirte und andere - wurden durch die Währungsreform nachweislich bevorzugt und erhielten beträchtliche finanzielle Vorteile. Ihr Sachkapital wurde nicht reduziert und sie wurden gleichzeitig von 90 % ihrer Verbindlichkeiten befreit. Die Währungsreform der Alliierten war für die große Mehrheit der Deutschen hart und ungerecht, aber sie schaffte trotz alledem eine solide Grundlage für den deutschen Wiederaufbau und das spätere deutsche "Wirtschaftswunder".

Am 23. Juni 1948 wurde gemäß SMAD-Befehl Nr. 111 die "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" in Ost-Berlin und in der SBZ eingeführt - das Umtauschverhältnis entsprach z.T. dem Tausch in den Westzonen.

### **Die Berlin-Blockade**

Am 24. Juni 1948 blockierten sowjetische Truppen sämtliche Land- und Wasserwege nach den Berliner Westsektoren und unterbrachen die Energieversorgung sowie Lebensmittellieferungen aus der SBZ, um die West-Berliner Bevölkerung auszuhungern. Berlin konnte infolgedessen nur noch auf dem Luftweg versorgt werden. General Clay, von 1947-49 Militärgouverneur der US-Besatzungszone, erklärte am 24. Juni 1948 nach Rücksprache mit dem US-Präsidenten, daß man die Nordamerikaner nur durch einen Krieg aus Berlin vertreiben könnte (x116/235).

US-Militärgouverneur Clay erteilte am 26. Juni 1948 den Befehl, eine Luftbrücke nach West-Berlin einzurichten. Im Verlauf der Aktion "Luftbrücke" flogen die Nordamerikaner und Briten bis zum Ende der Berliner Blockade am 12. Mai 1949 in annähernd 200.000 Flügen rund

1,44 Millionen t Güter nach West-Berlin (x058/152).

Der deutsche Historiker Michael Stürmer berichtete später über die Berlin-Blockade (x073/232): >>Die Blockade traf die USA fast ohne Panzertruppen und Infanterie in Europa. General Clay hat zwar für kurze Zeit erwogen, eine gepanzerte Kolonne von Hannover in Richtung Osten über die Autobahn rollen zu lassen und die russische Entschlossenheit hart zu testen.

Die USA besaßen damals das Atomwaffenmonopol, und daß ihre Luftwaffe auch mit konventionellen Waffen Städte auszuradieren vermochte, hatte der Zweite Weltkrieg erwiesen. Aber die Vereinigten Stabschefs in Washington winkten ab, zu hoch war das Kriegsrisiko, zu schwach die amerikanische Landmacht.

Es gab damals militärische Studien der Amerikaner, wonach bei einem tatsächlichen bewaffneten Vordringen der Russen nichts bleiben würde als ein langer Rückzug auf die Pyrenäen. So kam es zur Luftbrücke, auf deren Höhepunkt alle 48 Sekunden ein "Rosinenbomber" auf den Berliner Flugfeldern landete. ...<<

**Schlußbemerkungen:** Der sogenannte "Kalte Krieg" hatte für Deutschland verhängnisvolle Folgen, denn er besiegelte langfristig die deutsche Spaltung. Er zwang die Mittel- und Westdeutschen, Partei zu ergreifen, so daß die Wiedervereinigung Deutschlands jahrzehntelang unmöglich wurde. Der wirtschaftliche und politische Aufbau Westdeutschlands und der militärische Schutz Westeuropas wurden nachweislich mit dem vorläufigen Verzicht auf die Wiederherstellung Deutschlands erkaufte.

Das Potsdamer Abkommen wurde besonders von den Politikern der USA genutzt, um die langfristige Spaltung Ost-, Mittel- und Westdeutschlands durchzusetzen. Die US-Geostrategen hetzten die Deutschen und die Russen infolge der unfaßbaren Gebietsabtretungen und Vertreibungen vorsätzlich gegeneinander auf, denn ein deutsch-russisches Bündnis hätte die angestrebte US-Weltherrschaft gefährden können

Der US-Politiker und Publizist George Friedman berichtete im Jahre 2015 über die US-Strategie der Spaltung Eurasiens (x321/82): >>Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ...

Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern.<<

Der 6. US-Präsident John Quincy Adams (1767-1848) warnte bereits am 4. Juli 1821 (x342/10): >>... (Amerika) sollte nicht im Ausland nach Monstern suchen, die es zerstören kann ... Es könnte der Diktator der Welt werden; es würde seinen eigenen Geist verlieren.<<

Der Marshall-Plan erfolgte vor allem aus politischen Gesichtspunkten und kontrollierte die Eingliederung Deutschlands in das westeuropäische Staatensystem. Mit dem Marshall-Plan begann im Jahre 1948 die europäische Integration (Zusammenschluß von zunächst westeuropäischen Staaten). Der Marshall-Plan war damals kein selbstloser Akt der USA, denn der Wiederaufbau der zerstörten westeuropäischen Infrastruktur wurde vielerorts von US-Unternehmen durchgeführt.

Der US-Bankier Young begrüßte am 12. September 1947 den Marshall-Plan, um weitere kommunistische Expansionen zu verhindern (x111/367): >>... und daß der westliche Teil Deutschlands kommunistisch und von Rußland vereinnahmt wird.

Wenn Rußland seine momentanen riesigen Ressourcen an Rohmaterialien und Arbeitskraft mit den schöpferischen, produktiven und organisatorischen Fähigkeiten der Deutschen verbinden könnte, würde es in kurzer Zeit zur mächtigsten Nation der Welt.

Das ziemlich wahrscheinliche Ergebnis davon wäre, daß das gesamte Westeuropa zur Annahme eines kommunistischen Programms gezwungen wäre. Die USA stünden dann einer Bedrohung gegenüber, die die Bedrohung durch Hitler als Kinderspiel erscheinen ließe.<<

### **Gründung des Staates Israel**

David Ben Gurion (Präsident der zionistischen Arbeitergewerkschaften) forderte am 27. Januar 1946 in München die Rückgabe Palästinas (Kanaan, das "gelobte Land"), um einen selbständigen jüdischen Staat zu gründen.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über die geschichtliche Entwicklung Palästinas (x192/458): >>... Nirgendwo ... hinterließen die europäischen Mächte ein chaotischeres Erbe als im Nahen Osten. Nach dem Weltkrieg kämpften nationalistische Bewegungen, viele mit engen Beziehungen zur Sowjetunion, um die Unabhängigkeit von der westlichen Vorherrschaft. Die erste, die Erfolg hatte, war nicht arabisch, sondern jüdisch.

Im Laufe der zwanziger und dreißiger Jahre waren jüdische Siedler in großer Zahl nach Palästina gekommen, in der Hoffnung auf eine neue Heimat, die ihnen die Briten versprochen hatten. Nach dem Krieg kamen Millionen weitere Einwanderer, darunter auch viele Überlebende des Holocaust.

Großbritannien, das um seine gute Beziehungen zu den Arabern fürchtete, suchte Ausflüchte, um einen Judenstaat zu verhindern und provozierte damit jüdische Gruppen zu einer Welle antibritischer Terrorakte. Unfähig eine Lösung zu finden, zogen sich die Briten 1948 schließlich zurück. ...<<

Der sowjetische Delegierte Gromyko erklärte am 14. Mai 1947 vor der UN-Vollversammlung zur geplanten Teilung Palästinas in einen unabhängigen jüdischen und einen unabhängigen arabischen Staat (x128/363): >>Die Erfahrung der Vergangenheit, insbesondere während des Zweiten Weltkrieges, zeigt, daß kein westeuropäischer Staat in der Lage war, dem jüdischen Volk in der Verteidigung seiner Rechte und bloßen Existenz vor der Gewalttätigkeit der Hitleristen und ihrer Verbündeten hinreichenden Schutz zu bieten. ...

Dies erklärt die Bestrebungen der Juden, ihren eigenen Staat zu errichten. Es wäre ungerecht, dies nicht in Betracht zu ziehen und das Recht des jüdischen Volkes auf Verwirklichung dieser Bestrebungen zu leugnen. ...

Die Vertreter der arabischen Staaten machen geltend, daß die Teilung Palästinas eine historisches Unrecht wäre, doch diese Auffassung des Falls ist unannehmbar, wenn auch nur, weil schließlich das jüdische Volk über einen ansehnlichen Zeitraum der Geschichte eng mit Palästina verbunden gewesen ist. ...

Es könnte nicht schaden, meine Zuhörer, nochmals zu erinnern, daß durch den Krieg, den Hitlerdeutschland entfachte, die Juden als Volk mehr gelitten haben als irgendein anderes Volk. ...<<

Der ehemalige deutsche Generalmajor Jochen Löser (1918-2001) berichtete später über die geplante Teilung Palästinas (x099/178): >>... England konnte es sich weder wirtschaftlich noch angesichts der kriegsmüden britischen Volksstimmung erlauben, ein großes Truppenkontingent in Palästina zu unterhalten, um Herr über den jüdischen Widerstand zu werden. Es überließ deshalb die Entscheidung über Palästina den Vereinten Nationen.

Dort ergab sich eine eigenartige Situation: Sowohl die USA als auch die Sowjetunion waren für Beendigung des britischen Mandats, für eine Teilung des Landes und die Gründung von zwei unabhängigen Staaten, einem jüdischen und einem arabischen.

Am 14. Mai 1947 hielt der russische Delegierte bei den Vereinten Nationen, Andrej Gromyko, eine Rede zu Gunsten der zionistischen Bestrebungen, einen jüdischen Staat zu gründen. Diese Änderung in der sowjetischen Einstellung, die während der vorhergehenden 30 Jahre den

Zionismus aufs schärfste bekämpft hatte, war zweifellos von den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs beeinflusst. Aber nicht nur das allein; die Sowjetunion kam zur klaren Erkenntnis, daß von allen Elementen der Mittelostszene nur die jüdische Bevölkerung Palästinas und der Zionismus in der Lage waren, die Engländer aus der Region zu verdrängen und damit ein leichteres Eindringen der Sowjetunion ins Mittelmeer zu ermöglichen.

Das wurde ganz offensichtlich, als während des israelischen Befreiungskrieges von 1947/49 nur die Sowjetunion (über die Tschechoslowakei) die neugeschaffene Verteidigungsarmee Israels (IDF) mit Waffen belieferte, wogegen die westlichen Staaten ein Waffenembargo über den neugeborenen Staat Israel verhängt hatten.

Die in tschechischen Fabriken produzierten Mausergewehre, leichte Maschinengewehre vom Typ M. G. 34, Besa-Maschinengewehre und die Messerschmitt 109-Jäger waren die einzigen fabrikneuen Waffen, die dem um sein Leben kämpfenden Staat Israel zur Verfügung standen und ihm zum Siege verhalfen. ...<<

Die UN-Vollversammlung stimmte am 29. November 1947 einer Teilung Palästinas in einen unabhängigen jüdischen und einen unabhängigen arabischen Staat zu.

Nach dem Erlöschen des britischen Mandats über Palästina rief Ben Gurion am 14. Mai 1948 in Tel Aviv den unabhängigen Staat Israel aus und übernimmt das Amt des Premierministers.

In der Proklamationsurkunde des Staates Israel vom 14. Mai 1948 hieß es (x128/364): >>In Erez Israel stand die Wiege des jüdischen Volkes; hier wurde sein geistiges, religiöses und politisches Antlitz geformt; hier lebte es ein Leben staatlicher Selbständigkeit; hier schuf es seine nationalen und universellen Kulturgüter und schenkte der Welt das unsterbliche "Buch der Bücher".

Mit Gewalt aus seinem Lande vertrieben, bewahrte es ihm in allen Ländern der Diaspora die Treue und hörte niemals auf, um Rückkehr in sein Land und Erneuerung seiner politischen Freiheit in ihm zu beten und auf sie zu hoffen.

Aufgrund dieser historischen und traditionellen Verbundenheit strebten die Juden in allen Geschlechtern danach, ihre alte Heimat wiederzugewinnen; In den letzten Generationen kehrten viele in ihr Land zurück; Pioniere, Helden und Kämpfer brachten die Wüste zu neuer Blüte, erweckten die hebräische Sprache zu neuem Leben, errichteten Städte und Dörfer und schufen so eine ständig zunehmende Bevölkerung eigener Wirtschaft und Kultur, friedliebend, aber imstande, sich selbst zu schützen, eine Bevölkerung, die allen Bewohnern des Landes Segen und Fortschritt bringt und nach staatlicher Selbständigkeit strebt. ...

Die über das jüdische Volk in der letzten Zeit hereingebrochene Vernichtung, in der in Europa Millionen Juden zur Schlachtbank geschleppt wurden, bewies erneut und eindeutig die Notwendigkeit, die Frage des heimat- und staatenlosen jüdischen Volkes durch Wiedererrichtung des jüdischen Staates in Erez Israel zu lösen. Dieser Staat wird seine Tore für jeden Juden weithin öffnen und dem jüdischen Volke die Stellung einer gleichberechtigten Nation unter den Völkern verleihen. ...

Der Staat Israel wird für die jüdische Einwanderung und die Sammlung der zerstreuten Volksglieder geöffnet sein; er wird für die Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner sorgen; er wird auf den Grundlagen der Freiheit, der Gleichheit und des Friedens, im Lichte der Weissagungen der Propheten Israels gegründet sein; er wird volle soziale und politische Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied der Religion, der Rasse und des Geschlechts gewähren; er wird die Freiheit des Glaubens, des Gewissens, der Sprache, der Erziehung und Kultur garantieren; er wird die heiligen Stätten aller Religionen sicherstellen und den Grundsätzen der Verfassung der Vereinten Nationen treu sein. ...

Wir strecken allen Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und auf gute Nachbarschaft entgegen und appellieren an sie, mit dem in seinem Lande selbständig gewordenen jüdischen Volke in gegenseitiger Hilfe zusammenzuarbeiten. Der Staat Israel ist bereit,

seinen Anteil an der gemeinsamen Anstrengung, den ganzen Vorderen Orient zu entwickeln, beizutragen.

Wir appellieren an das jüdische Volk in der Diaspora, sich um Israel beim Werke der Einwanderung und des Aufbaus zu scharen und ihm in seinem schweren Kampfe um die Verwirklichung des Generationen alten Strebens nach Erlösung Israels zur Seite zu stehen.<<

Der neue Staat Israel wird nach dem Gründungsakt durch die Vereinigten Staaten anerkannt. Die Anerkennung durch die Sowjetunion folgt einige Tage später. Die arabische Bevölkerung lehnt den Staat entschieden ab. Nach schweren Unruhen zwischen Juden und Arabern kommt es später zum offenen Krieg.

Der palästinensische Schriftsteller Sami Hadawi (1904-2004) und der nordamerikanische Historiker Walter Laqueur schrieben später über die Gründung Israels (x243/255): >>Israel (ist) 1948 gegen den Willen der arabischen Mehrheit des Landes gegründet (worden), auf ihrem privaten Land. ... Nach Erreichen der Staatlichkeit terrorisierten die jüdische Gemeinschaft und dann der Staat mehr als die Hälfte der arabischen Bevölkerung ... in eine Flucht in die benachbarten arabischen Länder um ihrer Sicherheit willen.

(Die Juden) vertrieben ... auf ihrer Suche nach einem Asyl vor der Verfolgung in Europa die Araber aus ihren Häusern und aus ihrer Heimat. Die Verfolgten wurden selbst zu Verfolgern. ... Eine fremde Gruppe hatte um 1948 dank des Weltzionismus und der Unterstützung einer Anzahl westlicher Länder die meisten Palästinenser des größten Teils ihres Landes enteignet. Diese Enteignung war ein Beispiel des Kolonialismus im klassischen Sinne. ...<<

>>Vom arabischen Standpunkt war der Zionismus eine aggressive Bewegung und die jüdische Einwanderung eine Invasion. Die Zionisten sind schuldig, sich so verhalten zu haben wie alle anderen Völker – nur mit einer gewissen historisch bedingten Verspätung.

Nationalstaaten sind niemals als Folge friedlicher Entwicklung und juristischer Verträge entstanden. Sie sind vielmehr aus Invasion, Kolonisation, Gewalt und bewaffneten Kämpfen hervorgegangen.

Es war die historische Tragik des Zionismus, daß er auf der internationalen Szene erschien, als es auf der Weltkarte keine weißen Flecken mehr gab. Wo immer sich die Juden angesiedelt hätten, sie wären früher oder später mit der bodenständigen Bevölkerung in Konflikt geraten. Die Bildung von Nationalstaaten war stets mit Ungerechtigkeiten verbunden. Nationale Minderheiten wurden absorbiert und assimiliert oder dezimiert oder vertrieben. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über die Gründung Israels (x192/459): >>... 1947 stimmte die britische Regierung einem Abzug aus Palästina zu; am Tag des britischen Rückzugs wurde der Staat Israel proklamiert.

Es kam zum Krieg, die Araber wurden geschlagen. Zwei Drittel der arabischen Bevölkerung Palästinas verließen ihre Heimat und flüchteten nach Jordanien, Gaza, Syrien und in den Libanon. Nach dem Ende des Krieges feierten die jüdischen Soldaten die Errichtung des ersten jüdischen Staates in Palästina seit der Eroberung durch die Römer.

Israels Ablehnung palästinensischer Forderungen und die Weigerung der arabischen Staaten die Existenz Israels anzuerkennen, führte zu drei weiteren Kriegen 1956, 1967 und 1973. Dank besonderer Taktik und Bewaffnung blieb Israel in all diesen Konflikten siegreich und konnte die von ihm besetzten Gebiete noch vergrößern. ...<<

Konrad Adenauer schrieb am 6. Dezember 1951 an Nahum Goldmann (x095/131-132): >>Sehr geehrter Herr Dr. Goldmann!

Unter Bezugnahme auf die Erklärung, die die Bundesregierung am 27.9.1951 im Bundestag abgab und in der sie sich bereiterklärte, mit Vertretern des jüdischen Volkes und Israels Verhandlungen wegen der Wiedergutmachung der unter dem narzißtischem Regime entstandenen Schäden aufzunehmen, möchte ich Ihnen mitteilen, die Bundesregierung den Zeitpunkt für gekommen erachtet, in dem solche Verhandlungen beginnen sollten.

Ich bitte Sie, in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender der Conference of Jewish Claims against Germany, sowohl dieser Konferenz als auch der Regierung Israels von dieser Bereitschaft Kenntnis zu geben.

Ich möchte dazu bemerken, daß die Bundesregierung in dem Problem der Wiedergutmachung vor allem auch eine moralische Verpflichtung sieht und es für eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes hält, das Möglichste zu tun, um das an dem jüdischen Volk begangene Unrecht wiedergutzumachen.

Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang die Möglichkeit begrüßen, durch Warenlieferungen zu dem Aufbau des Staates Israel einen Beitrag zu leisten. Die Bundesregierung ist bereit, bei diesen Verhandlung die Ansprüche, die die Regierung des Staates Israel in ihrer Note vom 12.3.51 gestellt hat, zur Grundlage der Besprechungen zu machen. ...<<

Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference führten am 30. März 1952 Verhandlungen über Wiedergutmachungsleistungen.

Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference unterzeichneten am 10. September 1952 in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.

In der Präambel des Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 hieß es (x243/60): >>In der Erwägung

DASS während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unsagbare Verbrechen gegen das jüdische Volk verübt worden sind

UND DASS die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Erklärung von 27. September 1951 ihren Willen bekundet hat, in den Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit die materiellen Schadenfolgen dieser Taten wiedergutzumachen ...

SIND der Staat Israel und die Bundesrepublik Deutschland zu folgender Vereinbarung gelangt ...<<

Nahum Goldmann (1895-1982, von 1951-1977 Präsident des Jüdischen Weltkongresses) berichtete später in seinem Buch "Mein Leben als deutscher Jude" über die erfolgreichen Wiedergutmachungsverhandlungen mit Bundeskanzler Adenauer (x268/209): >>... Als ich mich am Morgen nach meiner Ankunft zum israelischen Ministerpräsidenten David Ben Gurion begab, kam er mir in feierlicher Stimmung entgegen und erklärte:

"Du und ich haben das Glück gehabt, zwei Wunder zu erleben – die Schaffung des Staates Israel und die Unterzeichnung des Abkommens mit Deutschland. Ich war für das erste, du warst für das zweite verantwortlich. Der Unterschied ist nur der, daß ich an das Eintreten des ersten Wunders immer geglaubt habe, bis zum letzten Augenblick aber nicht an das zweite." ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 10. September 1952 über die Wiedergutmachungsverhandlungen: >>Wiedergutmachung

Die Bundesrepublik Deutschland schließt mit Israel einen Wiedergutmachungsvertrag. In dem u.a. von Bundeskanzler Adenauer und Israels Außenminister Scharett unterzeichneten Abkommen sichert die Bundesrepublik dem Staat Israel im Laufe von 12 Jahren 3 Mrd. Mark in Form von Zahlungen und Warenlieferungen zu.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Wiedergutmachung" der Bundesrepublik Deutschland (x051/639): >>Wiedergutmachung, finanzielle Leistungen der Bundesrepublik an Opfer des nationalsozialistischen Gewaltregimes oder an deren Hinterbliebene.

Diese erhielten/erhalten individuell Wiedergutmachungsleistungen in Form der Rückerstattung enteigneter Vermögensgegenstände und/oder der Entschädigung für sonstige Vermögens- oder Personenschäden. Die Rückerstattung wurde zunächst in den westlichen Besatzungszonen durch Gesetze der alliierten Militärregierung, in Berlin durch Anordnung der Alliierten Kommandantur, dann durch das Bundesrückerstattungsgesetz (BRÜG) vom 19.7.57 geregelt. ... Bis 1981 wurden insgesamt aufgrund der BRÜG rd. 3,9 Milliarden DM und aufgrund der

BEG rd. 50,1 Milliarden DM Wiedergutmachungsleistungen bezahlt. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen (x169/88-90): >>... Deutschland (trat) zu Beginn der fünfziger Jahre in Verhandlungen mit jüdischen Einrichtungen ein und unterzeichnete Abkommen über Entschädigungszahlungen. Bis heute hat es etwa 60 Milliarden Dollar ausbezahlt, was, wenn überhaupt, nur wenig äußeren Druckes bedurfte. ...

Im Rahmen von drei verschiedenen Abkommen, die 1952 unterzeichnet wurden, war die deutsche Regierung bestrebt, jüdische Opfer zu entschädigen. Ein separates Abkommen mit Israel stellte Subventionen für die Eingliederung mehrerer hunderttausend jüdischer Flüchtlinge bereit. Gleichzeitig verhandelte die deutsche Regierung mit der Conference on Jewish Material Claims Against Germany, einer Dachorganisation aller großen jüdischen Organisationen, über eine finanzielle Regelung.

Man nahm an, die Claims Conference würde die Gelder, zwölf Jahre lang jeweils 10 Millionen Dollar oder etwa eine Milliarde Dollar nach heutigem Wert, für jüdische Opfer der Nazi-verfolgung verwenden, die im Entschädigungsprozeß durch das Raster gefallen waren.

Meine Mutter war ein solcher Fall. Als Überlebende des Warschauer Ghettos, des Konzentrationslagers Majdanek und der Zwangsarbeits-Lager von Czestochowa und Skarszysko-Kamiena bekam sie von der deutschen Regierung nur 3.500 Dollar Entschädigung. Andere jüdische Opfer (und viele, die in Wahrheit keine waren) erhielten von Deutschland jedoch lebenslange Pensionen, die sich schließlich zu mehreren hunderttausend Dollar summierten. Die Gelder, die der Claims Conference übergeben wurden, waren jenen jüdischen Opfern zugedacht, die nur minimale Entschädigungen bekommen hatten.

Die deutsche Regierung war in der Tat bestrebt, in der Vereinbarung mit der Claims Conference ausdrücklich festzuhalten, daß die Gelder ausschließlich an genau bezeichnete jüdische Überlebende gehen sollten, die von deutschen Gerichten unfair oder unangemessen entschädigt worden waren. Die Konferenz zeigte sich empört, daß man ihre guten Absichten in Zweifel zog. ...<<

Die Bundesregierung beschloß im September 1953 ein Gesetz, daß die Individualhilfe für die Opfer der NS-Verfolgung zum Rechtsanspruch erhob.

Hierzu zählten z.B. auch die Starthilfen für den Staat Israel (Ansiedlungshilfen, entgeltlose Lieferungen von Maschinen, Schiffen und Erdöl in Höhe von 3,45 Milliarden DM) sowie Rentenzahlungen an rd. 500.000 Überlebende der NS-Judenausrottung (x128/224).

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 26. Juli 2008: >>**Churchill - ein Zionist?**

Von Benny Morris

Winston Churchill galt unter seinen konservativen Parteifreunden als Förderer der israelischen Staatsgründung und Freund der Juden. Doch neue britische Studien belegen: So einfach und schlicht war die Haltung des Premierministers nicht

Winston Churchill, der große britische Staatsmann, ist als lebenslanger Freund der Juden, des Zionismus und Israels in die zionistische Geschichtsschreibung eingegangen. Doch die Geschichte ist komplizierter. Gleich zwei Bücher - Michael Makovskys "Churchill's Promised Land" (Yale University Press) und Martin Gilberts "Churchill and the Jews" ("A Lifelong Friendship" ...) - haben die historische Rolle Großbritanniens in Palästina/Israel und die schwierige Frage nach dem Verhalten der Großmächte im Holocaust zuletzt in ein neues Licht gestellt.

Was die Juden angeht: Churchill, der den Zionismus eine "noble Vision" nannte, gehörte zum Zirkel jener britischen Politiker, die die Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 durchsetzten und Großbritannien so darauf verpflichteten, die Errichtung einer jüdischen "Heimstatt" in Palästina zu unterstützen. Diese Politiker, darunter Premierminister David Lloyd

George und Außenminister Arthur James Balfour, waren der Überzeugung, die westliche Zivilisation verdanke den Juden viel: den Monotheismus und die Bibel.

In gewissem Maß war ihnen auch bewußt, wie viel Juden zum ethischen und intellektuellen Fortschritt der Menschheit in der Neuzeit beigetragen hatten. Sie alle waren der Überzeugung, die Christenheit habe die Juden Jahrhunderte lang schlecht behandelt, und sie alle waren, in gewissem Maß, als "Restaurationisten" davon überzeugt, daß die Christenheit Wiedergutmachung leisten solle, indem sie den Juden helfe, ins Land Israel zurückzukehren. Zudem glaubten einige von ihnen, eine solche Restauration würde der Ankunft des Messias und der Erlösung vorausgehen.

Bis hin zum Zweiten Weltkrieg jedoch waren in der britischen Oberschicht antisemitische Vorurteile weit verbreitet, manche ihrer Mitglieder waren gar unverhohlene Antisemiten. Herbert Asquith, von 1908 bis 1916 britischer Premier, beschrieb die Juden als "verstreuten und unattraktiven Stamm"; von Anthony Eden (erst Außen-, dann Premierminister) hieß es, er liebe die Araber und hasse die Juden.

Von antisemitischen Vorurteilen berührt waren die meisten, unter ihnen auch Churchill. So neigte man der Vorstellung zu, daß "die Juden" mächtige Akteure auf der internationalen Szene und - eigentlich ein Paradox - (als Kapitalisten) entweder zu reich und ausbeuterisch oder (als Kommunisten) zu radikal und subversiv wären. Churchill war lebenslang anfällig dafür, den politischen Einfluß der Juden in Washington oder dem Moskau der Jahre 1917-1925 zu übertreiben. Eine zeitlang identifizierte er sogar den "Bolschewismus" mit den Juden.

Doch es reichte noch tiefer.

1937 schrieb Churchill vor dem Hintergrund des Antisemitismus der Nazis einen pro-jüdischen Artikel, der nie veröffentlicht wurde. Er enthielt folgende Passage: "Es wäre leicht, (den Antisemitismus) der Schlechtigkeit der Verfolger zuzuschreiben, doch das stimmt nicht mit allen Tatsachen überein ... (denen) man ins Auge sehen muß ... Darüber sollten insbesondere die Juden selbst nachdenken. Denn es mag sein, daß sie, unabsichtlich, zur Verfolgung einladen - daß sie teils selbst verantwortlich gewesen sind für die Feindseligkeit, unter der sie nun leiden."

Zugleich unterhielt Churchill, so wie sein Vater Randolph vor ihm, enge persönliche und bedeutende geschäftliche Beziehungen zu Juden (darunter einige Rothschilds und dem Bankier Sir Ernst Cassel). In seiner Jugend tadelte er seine Mutter für eine antisemitische Bemerkung und immer wieder einmal beklagte er, was er als den Antisemitismus seiner Kabinettskollegen und des britischen Beamtentums begriff. So beschimpfte er Ernst Bevin, den antizionistischen britischen Außenminister (1945-1951), als Antisemiten.

Oft machten seine konservativen Parteifreunde Churchill zum "Vorwurf", die Juden zu "mögen" und mit dem Zionismus zu sympathisieren. (General Edward Louis Spears, im Zweiten Weltkrieg Churchills Statthalter in der Levante, behauptete, Churchill sei "zu angetan von den Juden".)

Nichtsdestoweniger bleibt Winston Churchills Bilanz - in der Praxis - zwiespältig. Es stimmt, in der politischen Wildnis der Dreißigerjahre war er es, der vor Adolf Hitler und den Nationalsozialisten warnte und die Verfolgung der Juden anprangerte. Und in den 1940ern war er es, der für eine Verurteilung des Völkermords an den Juden durch die Alliierten sorgte. Doch wie Roosevelt tat auch er nichts, um die alliierten Kriegsflugzeuge umzulenken und die Todeslager oder die Bahnstrecken, die zu ihnen führten, zu bombardieren.

Darüber hinaus trug er nur zögerlich zur Gründung einer "Jewish Brigade Group" innerhalb der britischen Armee bei, die 1945 unter jüdischer Flagge in Italien gegen die Deutschen kämpfte. Während seiner Amtszeit als Erster Lord der Admiralität (1939-40) und als Premierminister (1940-45), wobei er zugleich das Amt des Verteidigungsministers versah, hielt die Royal Navy am Weißbuch von 1939 fest, blockierte Palästinas Küsten und verhinderte die

Einreise "illegaler" jüdischer Flüchtlinge aus dem von den Nazis beherrschten Europa. Churchills Palästina-Politik erweist sich bei genauerer Betrachtung ebenfalls als unentschieden. 1921-22, damals war er Kolonialminister, trennte er trotz zionistischer Proteste Transjordan vom Mandatsgebiet und reduzierte damit die mögliche "Heimstatt" um 75 Prozent. In seinem "Weißbuch" von 1922 führte Churchill das Kriterium wirtschaftlicher "Absorptionsfähigkeit" ein, um zu entscheiden, wie viele jüdische Immigranten nach Palästina dürften - eine Meßlatte, die von Whitehall später instrumentalisiert wurde, um die Einwanderung zu begrenzen und die arabische Mehrheit im Land zu sichern. In den Dreißigerjahren und Mitte der Vierzigerjahre wurde die Einwanderungsbegrenzung von Churchill wiederholt unterstützt. Auch was den arabisch-zionistischen Konflikt betrifft, war Churchill unentschieden. Gegen den Islam und "die Araber" hatte er lebenslang eine Aversion. Über den Islam schrieb er einmal: "Wie gräßlich die Flüche, die der Mohammedismus seinen Anhänger auferlegt! Neben der fanatischen Ekstase ... gibt es diese schreckliche fatalistische Apathie ... unwirtschaftliche Gebräuche, schludriger Ackerbau, träge Handelsmethoden ... Die Religion lähmt die soziale Entwicklung ihrer Anhänger. In der Welt gibt es keine rückschrittliche Kraft, die stärker wäre."

Die Araber nannte Churchill wechselweise "einfältige Wilde" oder "minderwertig und grausam". Und, politisch gesehen: Im Ersten Weltkrieg hatten die Araber die Osmanen gegen die Briten unterstützt; 1936-39 hatten sie in Palästina und 1941 im Irak gegen Großbritannien rebelliert; im Zweiten Weltkrieg hatten sie überwiegend die Achsenmächte unterstützt.

Dennoch hatte Churchill 1937 die Empfehlungen der Peel-Kommission zurückgewiesen, zu denen auch die sofortige Schaffung eines jüdischen Staates gehörte (wenn auch nur auf 20 Prozent der Fläche Palästinas). Und als er sich 1943-44 endlich durchgerungen hatte, die Teilung gutzuheißen, unterstützte er den Vorschlag, den Juden 15 Prozent von Palästina zu geben. So oder so aber gelang es Churchill nicht, diesen Vorschlag im Kriegskabinettt durchzusetzen; der Plan starb einen stillen Tod, noch bevor Churchill nach den Labor-Sieg vom Juli 1945 aus dem Amt schied.

In der entscheidenden Phase der Jahre 1945-48 dann versagte Churchill, nun Oppositionsführer, völlig, wenn es darum ging, sich für den Zionismus einzusetzen. Der anti-britische jüdische Terrorismus von rechts, der im November 1944 seinen Freund Lord Moyne, den britischen Nahost-Minister, in den Tod riß, mag Churchill abgestoßen haben. Doch war er auch vom Wunsch getrieben, weder seine (überwiegend antizionistischen) konservativen Parteifreunde noch die Araber gegen sich aufzubringen, die er im aufkeimenden Kalten Krieg für wichtige Verbündete hielt.

Weder begrüßte er im November 1947 die historische Teilungs-Resolution der UN-Vollversammlung noch begrüßte er die Schaffung eines jüdischen Staates noch verurteilte er im Mai 1948 den pan-arabischen Angriff auf Israel. Erst im Dezember 1948/Januar 1949 fand er seine pro-zionistische Stimme wieder.

Doch einmal mehr klaffte eine riesige Lücke zwischen seinen Worten und seinen Taten. Von 1951 bis 1955 erneut Premier, mißlang es ihm, die unterkühlten britisch-israelischen Beziehungen zu verbessern. Nach Grenzzusammenstößen ergriff Whitehall ausnahmslos für die arabische Seite Partei; verkaufte Israel nicht die Waffen, die es brauchte; und versuchte, Israel dazu zu zwingen, große Teile seines Territoriums gegen einen Nichtangriffsabkommen mit den Arabern zu tauschen ("Plan Alpha"). Wie schon 1940-45 beugte sich Churchill, nun alt und krank, sowohl den Mandarinen von Whitehall als auch den konservativen Parteifreunden als auch den vermeintlichen Erfordernissen einer globalen Realpolitik.

Trotz alledem die beiden Bücher zum Thema - und das von Makovsky ist das bessere - zeigen, daß Churchill im Herzen Philosemit und überzeugter Zionist war. Oft zitierte er Benjamin Disraelis Ausspruch: "Der Herr behandelt die Nationen, wie die Nationen die Juden be-

handeln."

Er hielt die Juden für eine "bemerkenswerte" Rasse (wie die meisten Engländer des Fin de siècle dachte er in Begriffen der Rasse!), er war von ihrem historischen Anrecht auf das Land Israel überzeugt; er glaubte, daß ihre Entwicklung des Landes dieses Recht erneuere und daß die Juden ein "zivilisierender" Faktor in dieser barbarischen Region seien (so ähnlich wie die Briten weltweit). Churchills Zionismus aber war, in den Worten Makovskys, obschon real, stets der Realpolitik und britischen Interessen "untergeordnet und überwiegend sentimental." <<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. August 2016 (x887/...): >>Anklage wegen britischen "Massakers"?

### **London soll sich nach dem Willen der Palästinenser wegen der Balfour-Deklaration vor Gericht verantworten**

Um die Juden im Ersten Weltkrieg auf ihre Seite zu ziehen, sicherte der damalige britische Außenminister Arthur James Balfour am 2. November 1917 Lionel Walter Rothschild und den Zionisten die Unterstützung seines Landes zu bei der Errichtung einer "nationalen Heimstätte" der Juden in Palästina. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) hat sich nun an die Arabische Liga gewandt, die britische Regierung juristisch wegen dieser Deklaration zu verklagen.

Der Außenminister der Autonomiebehörde, Riyad al-Maliki, hielt im Auftrag von Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas auf dem 27. Gipfel der Arabischen Liga in der mauretanischen Hauptstadt Nouakchott eine Rede. In ihr sagte er: "Bald naht der 100. Jahrestag seit dem historischen Massaker unseres Landes. Mit der Balfour-Deklaration begann die Katastrophe unseres Volkes vor fast 100 Jahren. Wir fordern das Sekretariat der Arabischen Liga auf, die Autonomiebehörde zu unterstützen, gerichtliche Schritte gegen die britische Regierung in dieser Angelegenheit zu unternehmen."

Anschließend dankte Maliki den anderen arabischen Staaten, daß sie seit der Gründung des Staates Israel 1948 nicht aufgehört hätten, die palästinensische Sache zu unterstützen. Er warnte jedoch gleichzeitig arabische und afrikanische Staaten davor, ihre Beziehungen mit Israel vor einem endgültigen Friedensschluß und der Errichtung eines Palästinenserstaates in der Region zu normalisieren.

In den letzten Monaten hatten nämlich einige afrikanische Staaten ihre seit 1967 beziehungsweise 1973 abgebrochenen Beziehungen zum Staate Israel wieder aufgenommen, darunter auch die mehrheitlich muslimischen Staaten Tschad und Niger. Begründet wurde dieser Schritt mit einer neuen Sicherheitspartnerschaft im Kampf gegen den islamistischen Terror, der immer mehr Staaten Westafrikas existentiell bedroht. Israel mit seinem Fortschritt in der Urbarmachung von trockenen Wüstengebieten hatte diesen Staaten nach ihrer Unabhängigkeit Anfang der 1960er Jahre Entwicklungshilfe geleistet.

Aber nicht nur afrikanische Länder sind an einer Sicherheitspartnerschaft mit Israel interessiert. Sogar das Königreich Saudi-Arabien, das gar keine diplomatischen Beziehungen zum Judenstaat unterhält, und Juden nicht einmal die Einreise in sein Land erlaubt, bemüht sich immer mehr Sicherheits-Kontakte zu Israel aufzubauen, weil längst der schiitische Iran als Hauptgegner gilt und nicht mehr der Judenstaat. Zuletzt hatte erstmals ein pensionierter saudischer General Israel besucht.

Während Israel jetzt mit einigen seiner Hauptgegner in der Region Kontakte aufnimmt, verschlechtern sich die Beziehungen mit seinem einstigen Geburtshelfer, Großbritannien. Die Liberaldemokratin, ehemalige Unterhaus- und heutige Oberhausabgeordnete Jenny Tonge prophezeite kürzlich, daß Israel kurz davor stehe vernichtet zu werden und machte das Land für den Anstieg des weltweiten muslimischen Dschihadismus verantwortlich. Laut Tonge sei die schlechte Behandlung der Palästinenser durch Israel Schuld am Anstieg des weltweiten

islamistischen Extremismus, einschließlich des Islamischen Staates (IS). Israel habe durch seine Politik bei Generationen palästinensischer Jugendlichen den Haß gegen Juden und Großbritannien verursacht.

Für diese Äußerung wurde Tonge von Marie van der Zyl in einer Rede verurteilt. Die Vizepräsidentin des Board of Deputies of British Jews (Abgeordnetenausschuß der britischen Juden), der bedeutendsten repräsentativen Körperschaft der britischen Judenheit, zu deren Präsidenten auch Lionel Walter Rothschild gehörte, appellierte an den Vorsitzenden der Liberaldemokratischen Partei, Tim Farron, Tonge wegen dieser Äußerungen aus der Partei auszuschließen.

Auch die Labour-Partei sieht sich in den vergangenen Monaten verstärkt mit Antisemitismus-Vorwürfen konfrontiert. Nicht alle Vorwürfe richten sich gegen muslimische Parteimitglieder. So hatte Vicki Kirby im Jahr 2014 als Kandidatin für einen Sitz im Parlament gesagt, der Islamische Staat solle Israel angreifen. Auch daß Juden "lange Nasen" hätten, behauptete sie auf ihren Tweets. Nach zwischenzeitlichem Ausschluß wurde Kirby wieder zugelassen und stellvertretende Ortsvorsitzende, nur um kurz darauf wegen weiterer Äußerungen wieder ausgeschlossen zu werden. Ein weiteres Labour-Parteimitglied sorgte auf Twitter-Post für Aufsehen, als er behauptete, Israel betreibe die Terrormiliz "Islamischer Staat".

Der Labour-Vorsitzende Jeremy Corbyn bezeichnete 2009 die sunnitische Palästinenser-Organisation Hamas und die schiitische Partei und Miliz im Libanon Hisbollah, die beide das Existenzrecht Israels bestreiten, als seine Freunde. Corbyn hatte Vertreter dieser Organisationen auch ins britische Parlament eingeladen. Er hält es für geboten, beide Organisationen, die er mit rechten israelischen Parteien vergleicht, in den Friedensprozeß im Nahen Osten einzubinden. Nicht wenige sehen im Vorsitzenden die Ursache des Anwachsens der Kritik an Israel in der britischen Arbeiterpartei; von daher trauten sich viele Israel-Kritiker jetzt aus der Deckung.<<

**Schlußbemerkungen:** Der israelische Schriftsteller Amos Elon (1926-2009) schrieb später in seinem Buch "Die Israelis, Gründer und Söhne" über den Zusammenhang von traumatischen Erfahrungen und politischen Entscheidungen (x128/366): >>... Die Vernichtung der Juden Europas durch die Nazis bleibt ein grundlegendes Trauma der israelischen Gesellschaft. Man kann seine Auswirkung auf den Prozeß der Nationwerdung nicht hoch genug einschätzen. ...

Im Falle Israels waren die Bilder, die in einem entscheidenden frühen Stadium auf den dunklen Grund der Seele eingebrannt wurden, die Bilder einer Danteschen Hölle. Diese Hölle war die Vernichtung eines Drittels des jüdischen Volkes. Ihre Vernichtung durch die Nazis bedeutete die Zerstörung eben jener osteuropäischen Welt, gegen die sich die Rebellion der frühen Pioniere gerichtet hatte, einer Welt, deren Vorposten und Erbe Israel trotz allem wurde.

Daraus erklärt sich das starke Gefühl der Einsamkeit, ein Hauptcharakteristikum der israelischen Geisteshaltung seit der Unabhängigkeit. Daraus erklärt sich das nahezu besessene Mißtrauen, der alles überwiegende Drang, sich in einer Welt, die solche Katastrophen zuließ, nur auf sich selbst zu verlassen. Daraus erklären sich die Ängste und die Vorurteile, die Leidenschaften, der Schmerz und der Stolz, die das öffentliche Leben kennzeichnen und wahrscheinlich noch lange Zeit auf die Nation einwirken werden. Die bleibende Erinnerung an die Vernichtung durch die Nazis lassen die arabischen Vernichtungsdrohungen glaubwürdig erscheinen. ...

Besonders junge Israelis sind davon überzeugt, daß die Bestimmung der Juden zur Vernichtung nur deshalb möglich war, weil die Juden allein unter den Völkern kein eigenes Land besaßen und weil sie daher auch keinerlei Mittel zum Widerstand besaßen. Das bedeutet nicht, daß Souveränität allein automatische Sicherheit und Leben garantiert. Die Erfahrungen des souveränen Israel widerlegt eine derartige Vorstellung. Ohne den Willen und die Fähigkeit, dafür zu kämpfen, ist Souveränität sinnlos. Aber die Souveränität – und sie allein – gestattet

es einem Volk, den Willen, der zum Überleben notwendig ist, und die dazu erforderlichen physischen Mittel aufzubringen. ...<<